

XXII.GP.-NR

Nr. 31 /BI

2006-04-03

PETITION*Damit die Post wirklich allen was bringt*

Für den Erhalt der Post im öffentlichen Eigentum!

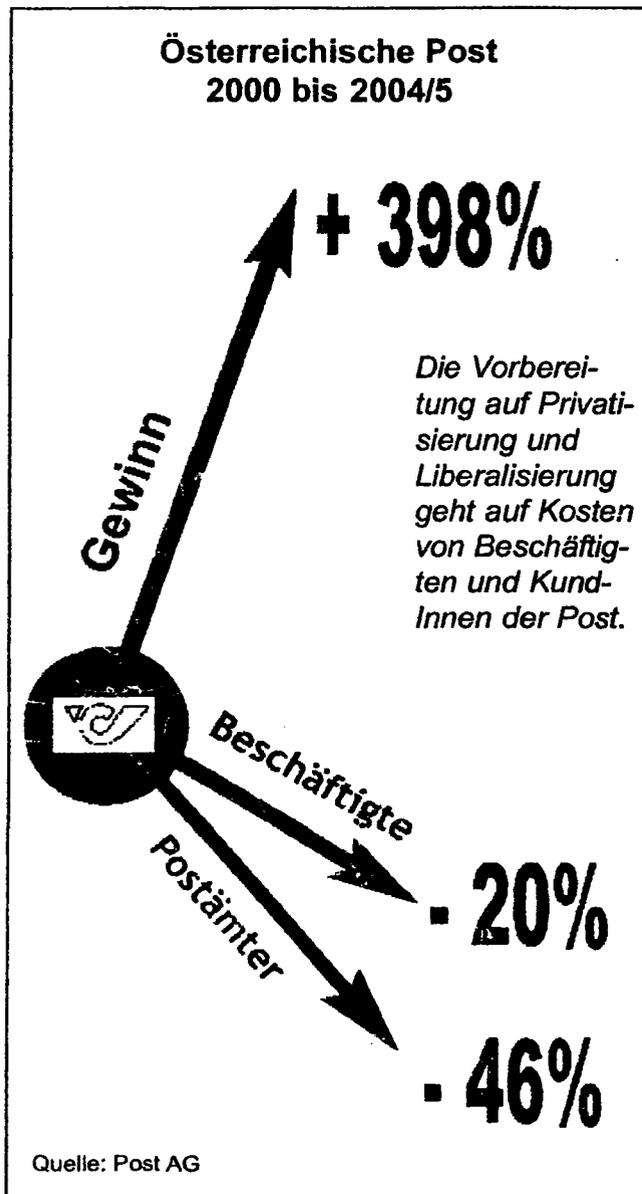
In Vorbereitung der Totalliberalisierung des Postmarktes durch die EU soll die Österreichische Post AG über die Börse privatisiert werden. In den letzten Jahren wurde die Post auf die Privatisierung zurechtgetrimmt. Die Konsequenz: im Zeitraum 2000 - 2005 ist die Zahl der Beschäftigten um 20% gesunken, die Zahl der Postämter wurde fast halbiert, die Tarife sind zum Teil kräftig gestiegen. Gleichzeitig haben sich die Gewinne vervielfacht. Liberalisierung und Privatisierung sind zwei Seiten einer Medaille. Wir lehnen die Liberalisierung des Postmarktes und die Privatisierung der Post ab, weil diese Entwicklung offenkundig zu Lasten der Beschäftigten und der KundInnen der Post geht. Insbesondere die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung wird immer mehr in Frage gestellt.

Wir fordern daher:

- **Erhalt der Post im öffentlichen Eigentum**
- **Keine Umsetzung der EU-Richtlinien zur Liberalisierung des Postmarktes**
- **Stopp dem Beschäftigtenabbau und der Schließung von Postämtern - Sicherung einer hochwertigen flächendeckenden Versorgung mit Postdienstleistungen.**

Bringt die Post allen was?

Die geplante Privatisierung der Post nützt den Aktionären und schadet den KundInnen und Beschäftigten. Die Werkstatt Frieden & Solidarität startet daher eine Petition dafür, die Post im öffentlichen Eigentum zu erhalten.



Die Vorbereitung auf die Liberalisierung der Postmärkte und die Privatisierung der Post gehen eindeutig auf Kosten der Beschäftigten und der KundInnen der Post. Während die Gewinne geradezu explodieren, werden immer mehr Beschäftigte „abgebaut“, steigt der Arbeitsdruck auf die noch Beschäftigten. Gleichzeitig wird die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen immer mehr in Frage gestellt. Mit der Schließung von weiteren hunderten Postämtern im Jahr 2005 halbiert sich beinahe die Anzahl der Postämter gegenüber dem Jahr 2001. Mit der für das Frühjahr 2006 geplanten Privatisierung droht die Auslieferung an Börsenspekulanten und „Profithaien“ (O-Ton Gewerkschaft) á la Deutsche Post, auf die demokratisch keinerlei Einfluss mehr genommen werden kann.

Die Werkstatt Frieden & Solidarität ist der Meinung, dass das der falsche Weg ist. Es gibt Alternativen. Wir treten für einen starken öffentlichen und gemeinnützigen Sektor ein. Dazu gehört eine leistungsfähige Post in staatlichem Eigentum, die nicht dem maximalen Profit, sondern einer qualitativ hochstehenden Versorgung der gesamten Bevölkerung verpflichtet ist. Dafür muss freilich die Unterordnung unter das Liberalisierungsdiktat der EU-Richtlinien beendet werden. Denn dieser Liberalisierungsdruck bereitet den Boden für die Privatisierung auf. Der gemeinsame Widerstand von Beschäftigten und KundInnen kann diesen alternativen Weg öffnen. Unterstützen Sie daher die Petition „Für den Erhalt der Post im öffentlichen Eigentum“ (sh. Rückseite). Das ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt, um unseren Widerstand gegen die Politik des Ausverkaufs öffentlichen Eigentums zum Ausdruck zu bringen.

Gemeinsam aktiv werden!

Die Werkstatt Frieden & Solidarität ist ein überparteilicher Verein. Das Eintreten für Neutralität, Sozialstaat und öffentliches Eigentum in Schlüsselbereichen gehört für uns untrennbar zusammen. Kontaktmöglichkeiten für alle, die sich mit uns gemeinsam dafür einsetzen wollen:

Werkstatt Frieden & Solidarität:

Wien, Rosensteingasse 69/9, 1170 Wien, Tel. 01/4862646,

e-mail: wien@werkstatt.or.at

Linz: Waltherstraße 15, 4020 Linz, Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391,

e-mail: office@werkstatt.or.at



www.werkstatt.or.at

Formblatt für eine Bürgerinitiative

BÜRGERINITIATIVE betreffend

FÜR DEN ERHALT DER POST IM ÖFFENTLICHEN
EIGENTUM

Seitens der Einbringer wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht
angenommen:

Bundeskompetenz für Verkauf von
Bundeseigentum und Regulierung des
österreichischen Postmarktes

ANLIEGEN:

Der Nationalrat wird ersucht,

- 1) Die Privatisierung der Post zu verhindern;
die Post muss in 100%igem Eigentum
des Bundes bleiben
- 2) Die EU-Richtlinie zur Liberalisierung des
Postmarktes nicht umzusetzen
- 3) Den Beschäftigungsabbau bei der Post und
die Schließung von Postämtern zu beenden
und eine hochwertige flächendeckende
Versorgung mit Postdienstleistungen
sicherzustellen.

(Falls der Vordruck nicht ausreicht, bitte auf Beiblatt fortsetzen.)